

Testatsexemplar

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020
und Lagebericht

des

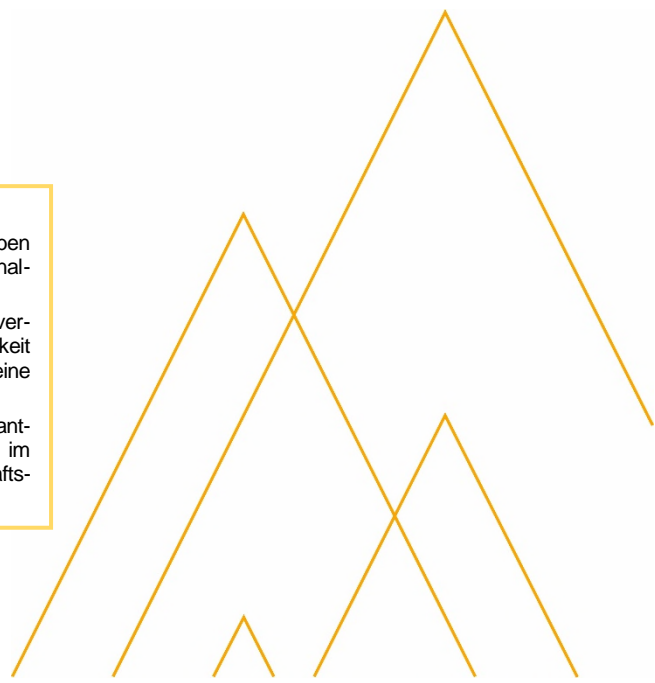
**Wasser- und Abwasserzweckverbands
"Der Teltow", Kleinmachnow**

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung über die oben genannte Prüfung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht (Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017) richtet.



Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow"
Kleinmachnow

Bilanz zum 31. Dezember 2020

A K T I V A			P A S S I V A		
	31.12.2020		31.12.2019		
	EUR	EUR	TEUR	EUR	TEUR
A. <u>Anlagevermögen</u>					
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>					
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten		50.858,00	90		
II. <u>Sachanlagen</u>					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	53.948,93		54		
2. Wassergewinnungs- und Bezugsanlagen					
Betriebseinrichtungen der Gewinnung	3.788.100,00		4.000		
3. Verteilungsanlagen					
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	21.566.293,00		18.109		
Messeinrichtungen (einschließlich Lagerbestand)	34.140,00		58		
	25.442.481,93		22.221		
4. Abwassersammlungsanlagen					
Haupt- und Verbindungssammler	3.222.825,00		3.508		
Pumpwerke	4.599.584,00		4.198		
Sammler in Ortslage und Hauanschlüsse	45.289.838,00		47.524		
Messeinrichtungen	0,00		0		
	53.112.247,00		55.230		
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00		0		
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.913.897,14		3.004		
		80.468.626,07	80.455		
III. <u>Finanzanlagen</u>					
Beteiligungen		513.729,04	514		
		81.033.213,11	81.059		
B. <u>Umlaufvermögen</u>					
I. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	603.957,31		804		
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	476,84		0		
3. Forderungen an die Mitgliedsgemeinden	19.875,01		72		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	540.613,09		266		
		1.164.922,25	1.142		
II. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>		9.608.707,54	10.579		
		10.773.629,79	11.721		
C. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>		10.709,54	9		
		91.817.552,44	92.789		
				91.817.552,44	92.789
A. <u>Eigenkapital</u>					
I. Rücklagen					
1. Allgemeine Rücklage	11.718.208,82		11.718		
2. Andere Gewinnrücklagen	154.089,54		154		
II. Gewinn		11.872.298,36	11.872		
Gewinn des Vorjahres	17.311.301,12		15.256		
Jahresgewinn	1.770.675,50		2.056		
		19.081.976,62	17.312		
		30.954.274,98	29.184		
B. <u>Sonderposten für Zuschüsse</u>					
1. Erhaltene Investitionszuschüsse	14.222.030,00		14.705		
2. Beiträge/Baukostenzuschüsse	26.293.322,68		28.308		
		40.515.352,68	43.013		
C. <u>Rückstellungen</u>					
1. Steuerrückstellungen	101.551,96		260		
2. Sonstige Rückstellungen	7.060.272,62		5.994		
		7.161.824,58	6.254		
D. <u>Verbindlichkeiten</u>					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.708.932,90		13.508		
2. Erhaltene Anzahlungen	40.580,52		2		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	501.492,72		105		
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	531.242,04		342		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	403.852,02	13.186.100,20	381		
			14.338		

Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow"
Kleinmachnow

Gewinn- und Verlustrechnung
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	2020		2019
	EUR	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		18.679.454,97	17.917
2. Sonstige betriebliche Erträge		1.071.242,64	1.229
davon Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil EUR 1.046.952,51 (Vj. TEUR 1.042)		19.750.697,61	19.146
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	313.168,74		94
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.686.334,16		10.175
		11.999.502,90	10.269
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	73.689,51		71
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.965,35		15
davon für Altersversorgung EUR 2.568,63 (Vj. TEUR 3)		87.654,86	86
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.624.121,39	5.400
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		141.961,05	924
		17.853.240,20	16.679
		1.897.457,41	2.467
7. Erträge aus Beteiligungen		44.460,00	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		35.204,08	33
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		82.094,83	205
10. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>		1.895.026,66	2.295
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		120.327,57	235
12. Sonstige Steuern		4.023,59	4
13. <u>Jahresgewinn</u>		1.770.675,50	2.056

**Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“
14532 Kleinmachnow**

Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2020

I. Grundsätzliche Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ ist gemäß der brandenburgischen Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden vom 26. März 2009 (EigV) in Verbindung mit den entsprechenden handelsrechtlichen Regelungen aufgestellt worden.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Vorgaben der EigV. Dazu wurden ein Anlagennachweis, der die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt, eine Finanzrechnung sowie eine Erfolgsübersicht für das Jahr 2020 erstellt.

Gemäß §§ 21 bis 26 der Verordnung sind für die Aufstellungen und den Inhalt des Jahresabschlusses bestimmte Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu beachten.

Die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke wurden - ebenso wie die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang zu machenden Vermerke - ausnahmslos im Anhang aufgeführt.

Die Vorjahreszahlen werden in Klammern angegeben.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Wertansätze der Bilanz des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ zum 31.12.2020 wurden unverändert als Bilanzvorträge in neue Rechnung übernommen.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibungen bewertet.

Die Sachanlagen werden auf der Grundlage der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Bis zum Geschäftsjahr 2007 wurden auf die durch den Verband erstellten Leitungen und Hausanschlüsse der Wasserversorgung Abschreibungen unter Zugrundelegung der degressiven bzw. linearen Methode ermittelt. Ab 2008 wird ausnahmslos die lineare Abschreibungsmethode angewendet.

Geringwertige Anlagegüter mit einem Anschaffungs- bzw. Herstellungswert unter € 250,00 werden in voller Höhe als Betriebsausgaben erfasst. Sie werden innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position „Materialaufwand“ als Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gezeigt. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von € 250,01 bis € 1.000,00 werden in analoger Anwendung gemäß § 6 Abs. 2a Einkommensteuergesetz in einen Sammelposten eingestellt, der im Jahr der Bildung und in den folgenden vier Geschäftsjahren gleichmäßig aufgelöst wird.

Im Geschäftsjahr 2003 wurden erhobene Baukostenzuschüsse in Höhe von T€ 591 vom Anlagevermögen Trinkwasser abgesetzt. Ab dem Geschäftsjahr 2004 werden die Baukostenzuschüsse wieder passiviert.

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. bei nachhaltiger Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Einzelwertberichtigungen wurden auf zweifelhafte Forderungen vorgenommen.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bewertet.

Unter dem Rechnungsabgrenzungsposten werden bereits gezahlte zukünftige Geschäftsjahre betreffende Aufwendungen aktiviert. Der Posten wird in der Rechnungsperiode aufgelöst, in der der Aufwand wirtschaftlich entstanden ist.

Das Eigenkapital ist zum Nennwert angesetzt.

Der Jahresgewinn des Jahres 2019 wurde in der Versammlungsperiode vom 09.09.2020 festgestellt und dem Gewinnvortrag zugeführt.

Der Sonderposten für Zuschüsse umfasst unter den erhaltenen Investitionszuschüssen die erhaltenen Fördermittel und unentgeltlich auf den Verband von Investoren übertragenen Anlagen. Der Posten wird entsprechend der Nutzungsdauer der übernommenen Anlagen aufgelöst.

Als Beiträge/Baukostenzuschüsse werden die von Anschlussnehmern geleisteten Baukostenzuschüsse bzw. Anschlussbeiträge sowie die erstatteten Hausanschlusskosten erfasst.

Bei den Ertragszuschüssen in der Trinkwasserversorgung erfolgt für die Baukostenzuschüsse vor 2003 eine Auflösung in Höhe von 5% der Ursprungsbeträge. Ab 2004 werden diese entsprechend der Nutzungsdauer der Trinkwasseranlagen aufgelöst. Ausschließlich die im Jahr 2003 erhobenen Baukostenzuschüsse wurden, entsprechend der im Jahr 2003 geltenden Rechtslage, von den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Rohrnetzes und der Hausanschlüsse einschließlich der entsprechenden Anlagen im Bau abgesetzt.

Im Schmutzwasserbereich wurden die empfangenen Beiträge bis 2000 gemäß Verordnung über Eigenbetriebe der Gemeinden passiviert und mit 5% p.a. aufgelöst. Ab dem Jahr 2001 werden die Auflösungen unter Zugrundelegung der Nutzungsdauer der Schmutzwasseranlagen über 35 Jahre ermittelt.

Die Steuerrückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wird durch die Bildung von sonstigen Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsrückstands angesetzt. Soweit die in den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Beträge eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, sind diese unter Berücksichtigung zu erwartenden Kosten- und Preissteigerungen bewertet.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag. Die Restlaufzeiten sind in der Erläuterung zur Bilanz ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen. Die Abschreibungen des laufenden Geschäftsjahres ergeben sich aus dem Anlagespiegel.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu € 250,00 bestanden im Berichtsjahr nicht. Im Vorjahr wurden diese im Materialaufwand unter der Position Werkzeuge für den Betrieb in Höhe von T€ 83 gezeigt. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von € 250,01 bis € 1.000,00, die in einen Sammelposten einzustellen waren, bestehen im Berichtsjahr in Höhe von T€ 19 (T€ 25).

Die Finanzanlagen beinhalten die Beteiligung von 50% an der MWA Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH, Kleinmachnow, in Höhe von T€ 299 (T€ 299) sowie von 3,42% an der HWG Haveländische Wasser GmbH i.L. (vormals PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH) über

T€ 215 (T€ 215).

Die Gesellschafterversammlung der HWG Havelländische Wasser GmbH i.L. hat auf ihrer Sitzung vom 10.10.2020 die Auflösung der Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2020 beschlossen.

	<u>MWA GmbH</u> <u>(Jahresabschluss 2019)</u> T€	<u>PWU GmbH</u> <u>(Jahresabschluss 2020)</u> T€
Jahresergebnis	28 (T€ 33)	-334 (T€ -178)
Eigenkapital	3.018 (T€ 2.985)	5.306 (T€ 6.826)

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten u. a. T€ 503 (T€ 263) aus der Verbrauchsabrechnung sowie T€ 634 (T€ 1.075) aus Anschlussbeiträgen für Einzelanschlüsse und Baukostenzuschüssen. Bei den Forderungen wurden teilweise Stundungen bzw. Ratenzahlungen vereinbart. Forderungen sind in Höhe von T€ 533 (T€ 535) einzelwertberichtigt.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen zum Bilanzstichtag nahezu nicht (T€ 0). Per Saldo ergibt sich eine Verbindlichkeit aus der Abrechnung der Betriebsführung gegenüber der MWA GmbH.

Forderungen an die Mitgliedsgemeinden bestehen gegen:

	T€	
Gemeinde Stahnsdorf	0	(T€ 54)
Gemeinde Teltow	20	(T€ 11)
Gemeinde Kleinmachnow	0	(T€ 7)
Insgesamt	20	(T€ 72)

Die Forderungen gegen Mitgliedsgemeinden resultieren im Wesentlichen aus Nacherhebungen für die Abwasserentsorgung.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten neben Forderungen aus Umsatzsteuer T€ 399 (T€ 250), ein Verrechnungskonto für die sonstigen Forderungen Verbrauchsabrechnung, diese betragen zum Bilanzstichtag T€ 0 (T€ 17). Eine Forderung aus Körperschaftsteuer besteht in Höhe von T€ 141, im Vorjahr wurde eine Rückstellung gebildet.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 11 (T€ 9) umfasst Aufwendungen für das Folgejahr.

Passivseite

Die Rücklagen beinhalten die allgemeinen Rücklagen in Höhe von T€ 11.718 (T€ 11.718) aus Einbringungsverträgen und andere Gewinnrücklagen von T€ 154 (T€ 154), die im Zuge des BilMoG ergebnisneutral eingestellt wurden.

Der Gewinnvortrag wurde um das Jahresergebnis 2019 in Höhe von T€ 2.056 erhöht.

Unter dem Sonderposten für Zuschüsse werden unter den erhaltenen Investitionszuschüssen die von Investoren übernommenen Anlagen der Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung in Höhe von T€ 9.512 (T€ 9.638) und die vom Land Brandenburg gewährten Fördermittel über T€ 4.710 (T€ 5.067) ausgewiesen.

Erhaltene Beiträge der Schmutzwasserentsorgung wurden in Höhe von T€ 1.477 (T€ 1.495) und Baukostenzuschüsse der Trinkwasserversorgung in Höhe von T€ 504 (T€ 488) aufgelöst. Zugänge für

geleistete Beiträge und Baukostenzuschüsse wurden für die Schmutzwasserbeseitigung in Höhe von T€ 172 (T€ 216) und für Trinkwasserversorgung T€ 426 (T€ 395) passiviert.

Die Steuerrückstellungen beinhalten die Körperschaftsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlages mit einem Restbetrag aus dem Jahr 2019 von T€ 38 und die erstmals in 2020 gebildete Rückstellung für Gewerbesteuer in Höhe von T€ 64 (T€ 0). Für das Jahr 2020 ergibt sich eine Forderung der Körperschaftsteuer.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 7.060 (T€ 5.994) enthalten Beiträge für das Wassernutzungsentgelt für das Jahr 2020 über T€ 312 (T€ 297) sowie Ausgleichszahlungen gemäß § 9 GBBerG von T€ 694 (T€ 694). Des Weiteren werden Rückstellungen für den Gebührenausschlag von T€ 5.631 (T€ 4.655), für Prozesskostenrisiken T€ 84 (T€ 55), Prüfungskosten T€ 13 (T€ 12) und ausstehende Rechnungen T€ 326 (T€ 281) passiviert.

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

C. Verbindlichkeiten	31.12.2020 T€ (VJ T€)	Restlaufzeit			ggü. Gesell- schaftern	Sicher- heiten	Art der Sicher- heiten
		bis 1 Jahr T€ (VJ T€)	über 1 Jahr T€ (VJ T€)	davon über 5 Jahre T€ (VJ T€)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.709 (13.508)	1.533 (1.803)	10.176 (11.705)	4.788 (6.034)	-		
2. Erhaltene Anzahlungen	41 (2)	41 (2)	-	-	-		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	501 (105)	501 (105)	-	-	-		
4. Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	531 (342)	531 (342)	-	-	-		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	404 (381)	82 (6)	322 (375)	318 (318)	-		
Gesamt	13.186 (14.338)	2.688 (2.258)	10.498 (12.080)	5.106 (6.352)	-		

Im Berichtsjahr wurden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 1.802 (T€ 1.790) getilgt.

Bei den erhaltenen Anzahlungen T€ 41 (T€ 2) handelt es sich um Abschlagszahlungen der Anschlussnehmer, die im Rahmen der Jahresverbrauchsabrechnung im Folgejahr verrechnet werden. Bisher galt als Abrechnungszeitraum für die Jahresabrechnung der Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 30. September des Folgejahres. Der Verband hat den Abrechnungszeitraum auf das Kalenderjahr umgestellt. Abgerechnet wurde vom 01.01. bis 31.12.2020, daher fallen die erhaltenen Anzahlungen sehr gering aus.

Die Umstellung auf das Kalenderjahr vereinfacht die Erstellung von Jahresabschlüssen und Kalkulationen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 501 (T€ 105) sind mit geschäftsüblichen Eigentumsvorbehalten besichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren aus der Abrechnung der Betriebsführung durch die MWA GmbH und belaufen sich per Saldo auf T€ 531 (T€ 342).

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen T€ 318 (T€ 318) auf Erschließungsverträge. Die Verbindlichkeiten aus den Erschließungsverträgen bestehen aus den vertraglich vereinbarten zu erstattenden anteiligen Investitionskosten an die Erschließungsträger. Die Zahlung erfolgt als Verrechnung mit erbrachten Bauleistungen, die bisher ausstehen. Auf Sicherheitseinbehalte entfallen T€ 18 (T€ 56).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse in Höhe von T€ 18.679 (T€ 17.917) werden im Wesentlichen durch Gebühren für die Entsorgung von Schmutzwasser und Entgelte für die Versorgung mit Trinkwasser im Verbandsgebiet erzielt.

Von den Umsatzerlösen betreffen die:

	2020 T€	2019 T€
Trinkwasserversorgung	7.569	7.807
Schmutzwasserentsorgung	11.983	11.778
Erträge aus Verbrauch Rst Gebührenüberdeckung	2.856	74
Zuführung Rst Gebührenüberdeckung	-3.832	-1.798
Miet- und Pachteinahmen	11	10
Erstattung Mahnkosten	2	1
Andere Erträge	90	45
Insgesamt	18.679	17.917

Außerordentliche Erträge sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen T€ 1.071 (T€ 1.229) entfallen u.a. T€ 690 (T€ 687) auf die Auflösung des Sonderpostens für von Investoren übernommenes Anlagevermögen und T€ 357 (T€ 355) auf die Auflösung des Sonderpostens für Fördermittel. Rückstellungen wurden in Höhe von T€ 4 (T€ 110) aufgelöst. Der Verband erhielt Erträge aus Mahnbescheiden und Gerichtskosten in Höhe von T€ 18 (T€ 0).

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betreffen im Wesentlichen die Wassernutzungsgebühren in Höhe von T€ 312 (T€ 297), die im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wurden. Aufwendungen für Nutriox (T€ 8) fielen im Berichtsjahr nicht an, da diese seit 2020 von der MWA GmbH getragen werden.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten u.a. Aufwendungen für die Betriebsführung Trinkwasserversorgung T€ 3.501 (T€ 2.624) und Schmutzwasserentsorgung T€ 3.169 (T€ 2.584). Des Weiteren werden Abwassereinleitungsgebühren für die Kläranlage der Berliner Wasserbetriebe AöR in Stahnsdorf in Höhe von T€ 3.484 (T€ 3.305), Aufwendungen für Fäkaltransport T€ 203 (T€ 247) sowie Fremdleistungen für Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen in Höhe von T€ 1.304 (T€ 1.395) ausgewiesen. Laborleistungen (T€ 20) werden seit 2020 über die MWA GmbH abgerechnet.

Der Personalaufwand beinhaltet Aufwendungen in Höhe von T€ 88 (T€ 85) für zwei halbe Stellen. Die Mitarbeiterinnen sind im Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“ und im Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittelgraben“ zu je 50% angestellt.

Von den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen entfallen auf die:

	2020 T€	2019 T€
Trinkwasserversorgung	1.957	1.894
Schmutzwasserentsorgung	3.667	3.506
Insgesamt	5.624	5.400

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 142 (T€ 924) betreffen im Wesentlichen Versicherungsprämien T€ 11 (T€ 14), Rechts- und Beratungskosten T€ 40 (T€ 33), Kosten für Wirtschaftsprüfung T€ 8 (T€ 8), Steuerberatung T€ 2 (T€ 1) und Kosten des Geldverkehrs T€ 42 (T€ 23). Andere Dienst- und Fremdleistungen sind in Höhe von T€ 20 (T€ 16) entstanden und beinhalten die Preis- und Gebührenkalkulation sowie Kosten für einen externen Datenschutzbeauftragten. Im Berichtsjahr sind Kosten in Höhe von T€ 42 (T€ 23) für den Geldverkehr entstanden. Aufgrund der Umgliederung der Wassernutzungsgebühren in die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte eine Anpassung des Vorjahresausweises.

Erträge aus Beteiligungen fielen durch eine Ausschüttung der PWU GmbH in Höhe von T€ 44 (T€ 0) an.

In den sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge werden im Wesentlichen Erträge aus Säumniszuschlägen T€ 34 (T€ 14) ausgewiesen.

Unter den Zinsen und ähnliche Aufwendungen werden die Zinsen für die Darlehen dargestellt T€ 82 (T€ 205).

V. Sonstige Angaben

Verbandsvorsteher für das Geschäftsjahr 2020 war Herr Michael Grubert. Insgesamt wurden an den Verbandsvorsteher, die Verbandsversammlung und den Verbandsvorstand im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in Höhe von T€ 11 (T€ 11) gezahlt.

Der Verbandsvorstand ist im Jahr 2020 zu sechs ordentlichen Sitzungen zusammengetreten.

Dem Verbandsvorstand gehören folgende Mitglieder an:

Herr Karsten Jänicke	Dipl. Betriebswirt (FH)
Frau Ute Hustig (bis 10.6.2020)	Bürgermeisterin
Herr Dr. Andreas Wolf	Beratender Ingenieur
Herr Norbert Gutheins	privater Immobilienverwalter
Herr Bernd-Alois Tenhagen (seit dem 10.6.2020)	Beamter, wissenschaftlicher Oberrat

Als Verbandsvorsteher gehört Herr Michael Grubert weiterhin dem Verbandsausschuss an.

Der Verbandsversammlung gehören 20 von den Gemeindevertretungen gewählte Mitglieder an. Die Verbandsversammlung ist im Jahr 2020 zu sechs ordentlichen Sitzungen und einer Sitzung mit verkürzter Ladung zusammengetreten.

Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.771 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Als Honorar für den Abschlussprüfer sind im Geschäftsjahr T€ 8 enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen nur in einem unwesentlichen Umfang.

Kleinmachnow, 21. Juli 2021

Wasser- und Abwasserzweckverband
„Der Teltow“
Der Verbandsvorsteher

Michael Grubert

<u>Insgesamt</u>	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Jahres-Afa				Buchwert	Buchwert	Durchschnitt	
	01.01.2020	Zugang €	Umbuchung €	Abgang €	31.12.2020 €	01.01.2020 €	Zugang €	Abgang €	31.12.2020 €	31.12.2020 €	31.12.2019 €	Afa %	Rbw %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.822.309,24	-	-	-	1.822.309,24	1.732.677,24	38.774,00	-	1.771.451,24	50.858,00	89.632,00	2,13	2,79
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	53.948,93	-	-	-	53.948,93	-	-	-	-	53.948,93	53.948,93	-	100,00
2. Wassergewinnungs- und Bezugs- anlagen, Betriebseinrichtungen der Gewinnung	10.361.179,33	-	-	-	10.361.179,33	6.361.243,33	211.836,00	-	6.573.079,33	3.788.100,00	3.999.936,00	2,04	36,56
3. Verteilungsanlagen													
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	47.827.774,73	3.159.735,97	1.987.959,89	-	52.975.470,59	29.718.784,73	1.690.392,86	-	31.409.177,59	21.566.293,00	18.108.990,00	3,19	40,71
Messeinrichtungen	652.833,41	-	-	-	652.833,41	594.801,41	23.892,00	-	618.693,41	34.140,00	58.032,00	3,66	5,23
4. Abwassersammlungsanlagen													
Haupt- und Verbindungssammler	11.047.096,82	-	-	-	11.047.096,82	7.539.008,82	285.263,00	-	7.824.271,82	3.222.825,00	3.508.088,00	2,58	29,17
Pumpwerke	8.217.756,41	275.308,41	448.092,59	-	8.941.157,41	4.019.624,26	321.949,15	-	4.341.573,41	4.599.584,00	4.198.132,15	3,60	51,44
Sammler in Ortslage und Hausanschlüsse	107.114.677,82	813.446,03	3.961,35	-	107.932.085,20	59.590.232,82	3.052.014,38	-	62.642.247,20	45.289.838,00	47.524.445,00	2,83	41,96
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.004.029,46	1.349.881,51	- 2.440.013,83	-	1.913.897,14	-	-	-	-	1.913.897,14	3.004.029,46	-	100,00
Summe Sachanlagen	188.279.296,91	5.598.371,92	-	-	193.877.668,83	107.823.695,37	5.585.347,39	-	113.409.042,76	80.468.626,07	80.455.601,54	17,91	405,08
III. Finanzanlagen	578.361,52	-	-	-	578.361,52	64.632,48	-	-	64.632,48	513.729,04	513.729,04	-	88,82
Anlagevermögen insgesamt	190.679.967,67	5.598.371,92	-	-	196.278.339,59	109.621.005,09	5.624.121,39	-	115.245.126,48	81.033.213,11	81.058.962,58	2,87	41,28

Finanzrechnung für das Jahr 2020 WAZV "Der Teltow"

Positionen		2019	2020
		Ergebnis des Vorjahres	Ansatz des lfd. Jahres
		1	2
		EUR	EUR
(1)	± Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	2.055.626	1.770.675
(2)	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.400.421	5.624.122
(3)	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten/BKZ/ASB zum Anlagevermögen	-2.560.985	-3.027.816
(4)	± Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1.453.325	907.331
(5)	± Gewinn / Verlust aus dem Abgang des Anlagevermögens	0	0
(6)	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0	0
(7)	± Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungs-tätigkeit zuzuordnen sind (inkl. RAP)	1.153.880	-24.778
(8)	± Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungs-tätigkeit zuzuordnen sind	-789.620	646.667
(9)	± Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
(10)	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	6.712.647	5.896.201
(11)	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0
(12)	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0
(13)	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände	0	0
(14)	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	0	0
(15)	+ sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
(16)	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
(17)	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	4.412.592	5.598.372
(18)	- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	48.139	0
(19)	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0
(20)	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
(21)	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.460.731	5.598.372
(22)	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (16-21)	-4.460.731	-5.598.372
(23)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0	0
(24)	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0
(25)	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
(26)	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	563.862
(27)	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	611.820	597.221
(28)	= Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	611.820	1.161.083
(29)	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	2.353.248	1.797.833
(30)	- Sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (Zinsabgrenzung)	-1.986	931
(31)	- Auszahlungen an die Gemeinde	0	0
(32)	- Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0
(33)	- Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	2.640.555	630.580
(34)	= Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	4.991.817	2.429.344
(35)	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (28-34)	-4.379.997	-1.268.261
(36)	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0
(37)	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0	0
(38)	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (36 - 37)	0	0
(39)	= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe aus Ziffer 10+22+35+38)	-2.128.081	-970.432
(40)	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang der Periode (ohne Liquiditätskredite und Kontokorrent-verbindlichkeiten)	12.707.222	10.579.141
(41)	= voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode (40 - 39)	10.579.141	9.608.709



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow", Kleinmachnow:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Wasser- und Abwasserzweckverbands "Der Teltow", Kleinmachnow, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Wasser- und Abwasserzweckverbands "Der Teltow" für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbands zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.



Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 106 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.



Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 106 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.



- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbands abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.



- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, den 17. August 2021



MÖHRLE HAPP LUTHER GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Dodenhoff)
Wirtschaftsprüfer

(Singbartl)
Wirtschaftsprüfer

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 und des Lageberichtes der Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow", Kleinmachnow.

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.